

Übersichten

Außenpolitik

*(1)

China und die EU - das gegenseitige Wohlwollen wächst

Ob EWG, EG oder EU - immer wenn das "E" am Anfang auftaucht, klatscht China Beifall. Dies war bereits zu einer Zeit so, als die Sowjetunion allen europäischen Einigungsbestrebungen entgegenzuwirken versuchte, und dies ist auch heute noch der Fall, wann immer es um eine Stärkung Gesamteuropas geht. In einem Gesamteuropäischen Markt sieht China ein Gegengewicht zu Japan und zu den USA, nicht zuletzt auch eine Chance zu verstärkter technologischer Zusammenarbeit.

Auch die Diskussionen über eine Erweiterung der EG/EU wurden von Beijing stets mit proeuropäischen Kommentaren begleitet, so z.B. als der Maastricht-Vertrag in Frankreich gebilligt wurde (September 1992), als es um das Pro und Contra des EG-Beitritts Norwegens ging (Diskussionen darüber vor allem Ende 1992), als Dänemark den Maastricht-Vertrag akzeptierte (Mai 1993), als Schweden, Österreich und Finnland EG-Mitglieder wurden (Ende 1993).

Am 12. September 1994 verkündigte Staatspräsident Jiang Zemin in Paris die "Vier Prinzipien für die Entwicklung des chinesisch-westeuropäischen Verhältnisses": (1) Entwicklung der Beziehung bereits im Hinblick auf das 21. Jahrhundert, (2) gegenseitiger Respekt, Suche nach Gemeinsamkeiten und Minimierung der Unterschiede, (3) gegenseitiger Nutzen und (4) Lösung aller internationalen Probleme durch Konsultation und Kooperation. (BRu, 1994, Nr. 38, S. 22)

Wie nun ist es um die beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen bestellt?

Anlaß, dieser Frage nachzugehen, war der Besuch des EU-Botschafters Endymion Wilkenson an der Spitze einer Delegation der Europäischen Kommission im Februar 1995.

China war zu Beginn des Jahres 1995 der viertgrößte Handelspartner der EU nach den USA, Japan und der Schweiz. Allerdings liegt die EU, was Investitionen in China anbelangt, weit hinter den USA und Japan zurück.

Zwischen 1979 und Ende 1993 hatte die EU in 2.741 Projekte auf chinesischem Gebiet investiert, und zwar in einer Gesamthöhe von 6,9 Mrd. US\$.

Im Zentrum der Zusammenarbeit steht die wissenschaftliche und technologische Kooperation. Die EU arbeitet nicht zuletzt auch an Projekten des Umweltschutzes, der Bevölkerungskontrolle, des Gesundheitswesens sowie des Kampfes gegen Drogenmißbrauch mit.

Was den beiderseitigen Handel anbelangt, so hat er sich von 2,4 Mrd. ECU (1978) auf 31 Mrd. ECU (1993) gesteigert. Bei der Berechnung der Ein- und Ausfuhren kommt es zwischen EU und China freilich zu Differenzen, insofern China Produkte, die via Hongkong verschifft werden, nicht mehr für die VRCh gelten lassen will. Legt man die EU-Berechnung zugrunde, so ist es im beiderseitigen Handel eindeutig China, das schwarze Zahlen schreibt. Nach Berechnung der chinesischen Zollstatistik dagegen erlebt China gegenüber den Europäern ein Handelsdefizit von 2,36 Mrd. US\$ (Chinesische Exporte: 14,58, chinesische Importe aus der EU: 16,94 Mrd.).

China legt Wert darauf, daß Probleme solcher Art im Wege gegenseitiger Konsultationen besprochen und vielleicht auch ausgeräumt werden, während die USA - immer aus der Sicht Beijings - überschnell zu Sanktionen schritten. (XNA, 13.2.95)

1994 hat einen großen Sprung nach vorne gebracht. In diesem Jahr stieg das beiderseitige Handelsvolumen von 26,1 Mrd. auf 31,5 Mrd. US\$. Nachdem sich die EU in der Zwischenzeit um drei neue Mitgliedstaaten (Österreich, Schweden, Finnland) erweitert hat, dürfte das EU/China-Handelsvolumen bereits 1995 die 40-Mrd.-Grenze überschreiten. Noch 1994 hatten die

EU-Länder lediglich 13,3% des gesamten chinesischen Außenhandelsvolumens in Höhe von 236,7 Mrd. US\$ bestritten. (XNA, 17.2.95)

1994 war ein Jahr, in dem - zumindest aus chinesischer Sicht - viele europäische Firmen China systematisch mit in ihre Betrachtungen einzubeziehen begannen, so z.B. die deutsche Mercedes Benz AG, die französische Alcatel, die italienische Fiat und die holländische Philips.

Zwischen 1979 und Juni 1994 gewährte die EU der VRCh Regierungskredite in Höhe von 12,1 Mrd. US\$.

In der Zwischenzeit gehören Deutschland, Italien und Großbritannien zu den zehn größten Handelspartnern Chinas, Großbritannien und Deutschland sind daneben auch zwei der zehn wichtigsten Investoren in der VRCh. -we-

*(2)

Besuch des russischen Außenministers

Anfang März 1995 besuchte der russische Außenminister Kosyrew die VR China.

Die chinesische Seite hatte sich darüber beunruhigt gezeigt, daß ein Teil der öffentlichen Meinungen in Rußland sich gegen das 1991 unterzeichnete Abkommen über den östlichen Abschnitt der chinesisch-russischen Grenze ausgesprochen habe. Kosyrew ging auf diese Frage ein und teilte seinem Amtskollegen Qian Qichen mit, daß die Russische Föderation das einmal geschlossene Abkommen buchstabengetreu durchführen wolle. Dies müsse schon im Hinblick auf die russisch-chinesische Zusammenarbeit geschehen.

In der Delegation befand sich auch General Boris Gromow, der Gespräche mit Repräsentanten des chinesischen Verteidigungsministeriums führte.

In der zweiten Jahreshälfte 1995 sei ein Staatsbesuch Boris Jelzins in der VRCh geplant, hieß es. (ITAR-Tass in SWB, 4.3.95)

Die Stimmung wurde als gut beschrieben. Beide sähen der Zukunft des chinesisch-russischen Verhältnisses mit "Optimismus" entgegen. Eine chinesisch-russische Zusammenarbeit könne zur Stabilisierung im asiatisch-pazifischen Raum beitragen.

Magna Charta des beiderseitigen Verhältnisses sei die Gemeinsame Erklärung Chinas und Rußlands "vom September 1994".

Nachdem China und die Sowjetunion fast zweieinhalb Jahrzehnte lang (1960-1985) einander drohend gegenüberstanden hatten, sucht Rußland, der Hauptnachfolger der untergegangenen UdSSR, nach einem möglichst harmonischem Verhältnis zu China - und umgekehrt. Zwischenfälle werden, wo immer möglich, unter den Teppich gekehrt, so auch ein Ereignis vom 10. Februar 1995, bei dem russische Grenzwachposten auf zwei chinesische Fischer das Feuer eröffnet hatten, die auf der russischen Seite des Khanka-Sees fischten. (ITAR-Tass in SWB, 14.2.95)

Gleichzeitig versucht die VR China, vor der Tschetschenien-Krise die Augen zu verschließen. Nur ab und zu geraten - fast zufällig und am Rande - Meldungen über dieses Geschehen in die chinesische Presse, so z.B. der Hinweis, daß die "Hauptstadt der abgefallenen Republik Tschetschenien" von 15.000 "separatistischen Militanten", von 30.000 Freiwilligen und rund 7.000 "Söldnern" aus anderen Ländern verteidigt werde. (XNA, 22.2.95) Rußland habe aber zugesagt, daß es eine "politische Lösung der Krise" anstrebe. (XNA, 21.2.95)

Noch wenige Jahre vorher wäre die Tschetschenien-Krise für die chinesische Propaganda ein geradezu idealer Anlaß gewesen, aus allen Rohren auf die "Sowjethegemonisten" zu feuern. Inzwischen aber hat sich die Situation von Grund auf gewandelt.

Auch über die Regierungskrise in Rußland wird nicht hämisch, sondern höchst abgehoben, ja Jelzin-freundlich berichtet (z.B. XNA, 18.2.95). Nur ab und zu gibt es auch negative Schlagzeilen, so z.B. die Meldung, daß "Rußlands Verbrechensrate" im Jahre 1994 nach oben geschneit sei (XNA, 16.2.95) oder daß Rußland Munition im Japanischen Meer versenke. (XNA, 16.2.95)

Im übrigen gibt es jedoch eine wachsende wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit. Im Februar 1995 traf ein russisches Wissenschaftlerteam in Shanghai ein, um dort bei der Chinesischen Akademie der Wissenschaften High-Tech-Forschung zu betreiben. (XNA, 21.2.95) Bekannt ist auch die enge Zusammenarbeit beider Seiten auf dem Gebiet der Waffentechnologie. China gehört längst mit zu den Hauptkunden Rußlands beim Waffenhandel. -we-

*(3)

China und Weißrußland: Waffengeschäfte

Mitte Januar besuchte der Präsident von Weißrußland, Alexander Lukaschenko, die VR China. Am Rande seiner Visite kam es zur Unterzeichnung mehrerer Verträge zwischen weißrussischen Firmen und chinesischen Partnern über militärische Lieferungen. Daneben wurde ein Freundschafts- und Kooperationsvertrag und ein Abkommen über den Bau einer Lkw-Fabrik in China unterzeichnet.

China ist der sechstgrößte Handelspartner Weißrußlands. 1994 belief sich der Handelsaustausch auf 46 Mio. US\$, doch könnte es sehr wohl sein, daß Waffengeschäfte hier nicht miteingerechnet sind.

Weißrußland betrachtet nach Angaben Lukaschenkos die VR China als Modell für seine eigene wirtschaftliche Entwicklung. Weißrußland, das über den weitaus umfangreichsten wissenschaftlichen Apparat aus der Erbmasse der früheren UdSSR verfüge, sei an einer noch engeren Zusammenarbeit mit China interessiert, das im 21. Jahrhundert voraussichtlich mit zu den wirtschaftlichen Supermächten gehöre. Weißrußland, das "im Zentrum Europas" liege, sei bereit, der volksrepublikanischen Wirtschaft als Sprungbrett für eine noch stärkere Ausdehnung in den europäischen Markt hinein zu dienen. -we-

*(4)

China fordert Aufhebung der Sanktionen gegen Libyen

Der nordafrikanische Staat Libyen hat trotz zahlreicher "revolutionärer" Lippenbekenntnisse in der VR China nie besondere Sympatien genossen. Mag sein, daß sich Beijing mit den islamischen Neigungen nicht befreundeten oder sich nicht mit einem Staat solidarisieren wollte, der jahrelang im Verdacht des Terrorismus stand.

Nachdem Recherchen dazu geführt haben, daß die libysche Führung nun wirklich in den Lockerbee-Bombenanschlag vor rund 10 Jahren verwickelt war, der Hunderten von Fluggästen das Leben gekostet hat, drangen vor allem die USA auf verstärkte Sanktionen gegen Libyen.

Bei einem Besuch des libyschen Außenministers Omar Muntasser in Beijing ging die chinesische Seite davon

aus, daß die Sanktionen gegen Libyen dem libyschen Volk bereits erhebliche Lasten auferlegt und auch die regionalen Spannungen mit verschärft hätten.

China sei daran interessiert, daß sich die Verhältnisse in Libyen nicht noch mehr verschlechtern und es fordere daher eine Aufhebung der Sanktionen und "Konsultationen" über die Lockerbee-Frage. (XNA, 14.2.95)

Mit diesem Plädoyer schloß sich die VRCh - erneut - einer entsprechenden Stellungnahme der Arabischen Liga und der Blockfreien-Bewegung an. Außenminister Qian Qichen fügte diesen Überlegungen hinzu, daß China am weiteren Ausbau der wirtschaftlichen und der Handelsbeziehungen mit Libyen interessiert sei. Es gebe zwischen beiden Ländern noch ein gewaltiges Potential von Austauschmöglichkeiten. -we-

*(5)

Spannungen mit den Philippinen

Am 9. Februar 1995 soll die chinesische Marine auf dem Spratly-Archipel eine Insel besetzt haben, die von den Philippinen beansprucht wird. Der Spratly-Archipel besteht bekanntlich aus rund 700 Inseln und Inselchen, die von nicht weniger als sechs Staaten besetzt sind, nämlich von China, Vietnam, Taiwan, Malaysia, Brunei und den Philippinen.

Am 15. Februar verkündigte der philippinische Präsident Fidel Ramos, daß sein Land durch den Vorfall in Alarmbereitschaft versetzt worden sei.

China will demgegenüber nur einräumen, daß es auf der bezeichneten Insel eine Sturmzuflucht für Fischerboote errichtet habe. Die Insel gehöre überdies zur VR China.

Offiziell tritt die chinesische Regierung dafür ein, daß die Frage der Spratly (Nansha)-Inseln durch bilaterale Verhandlungen gelöst wird. Soweit Streitigkeiten nicht unter Dach und Fach gebracht werden könnten, sollten die Meinungsverschiedenheiten einstweilen auf die lange Bank geschoben und die Bemühungen um eine gemeinsame Erschließung der Rohstoffe im umliegenden Bereich verstärkt werden. Stets sollten hierbei die "Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz" angewandt werden. China will auch weiterhin an den von einigen südostasiatischen Staaten abgehaltenen Seminaren über das

Südchinesische Meer teilnehmen. Bisher waren allerdings nur Wissenschaftler, nicht jedoch Regierungsmitglieder vertreten.

Zahlreiche asiatische Staaten werden den Verdacht nicht los, daß Beijing mit solchen Hinweisen lediglich Zeit gewinnen will. Sogar der den Chinesen wohlwollend gesonnene frühere Ministerpräsident Lee Kuan Yew weist darauf hin, daß viele asiatische Länder in der Zwischenzeit mißtrauisch geworden seien, weil sie den "rituellen Versicherungen", daß China niemals Hegemonie ausüben wolle, einfach nicht mehr glauben wollten. China möge doch vor allem in der Spratly-Frage künftig etwas mehr Fingerspitzengefühl zeigen. (AWSJ, 24./25.2.95) -we-

Innenpolitik

*(6)

Jiang Zemin über politische Grundsatzzfragen: Wofür lebt ein Parteimitglied?

Staats- und Parteichef Jiang Zemin, der gewöhnlich als farbloser Apparatschik geschildert wird, hat im Januar auf einer Plenartagung der Disziplinarkommission des KP-Zentralkomitees eine bemerkenswert philosophische, an vielen Stellen persönlich gefärbte Grundsatzzrede gehalten. Die Rede wurde erst mit mehrwöchiger Verzögerung von der offiziellen Nachrichtenagentur verbreitet. (Xinhua, 1.3.95 bzw. RMRB, 2.3.95)

Einige der originelleren Kernaussagen Jiangs, die über die sonst üblichen offiziellen Formeln zur Korruptionsbekämpfung hinausweisen, seien im folgenden zusammengefaßt:

- Gesetze und institutionelle Systeme werden nur dann mit Leben erfüllt, wenn sie von Menschen umgesetzt und beachtet werden. Ein gutes System kann einen schlechten Menschen von Mißbräuchen abhalten; ein schlechtes System (womit indirekt Mißstände im gegenwärtigen China angesprochen sind) aber kann dazu führen, daß selbst gutwillige Menschen nicht mehr in der Lage sind, positive Kräfte zu entfalten.
- "Prosperität und Stärke des Landes" (*guojia fuqiang*), der "Aufschwung der Nation" (*minzu zhenxing*) sowie

"Glück und Wohlstand des Volkes" (*renmin de xingfu fuyu*) müssen allen Parteimitgliedern am Herzen liegen. Letztlich geht es für jedes einzelne Parteimitglied um die Frage, wofür der Mensch lebt (*ren wei shenmo huozhe, zhege wenti*): Wenn man nur für sich selbst oder für die eigene Familie lebt, dann hat ein solches Leben nur einen sehr begrenzten Sinn.

- In der Geschichte Chinas haben sich diejenigen Herrscher als die besten erwiesen, die den Bedürfnissen des Volkes die gebührende Aufmerksamkeit schenkten. Sobald sie diesen Punkt mißachteten und die Bekämpfung der Korruption vernachlässigten, verloren sie die Unterstützung des Volkes und schließlich die Macht. In dieser Frage hält die chinesische Geschichte viele Erfahrungen und Lehren auch für die Kommunistische Partei bereit: Eine gute Regierung ist untrennbar mit der Aufrichtigkeit des Führungspersonals verbunden.
- Manche Parteifunktionäre sind offenbar nicht mehr in der Lage, sich den Verlockungen eines dekadenten Lebensstils zu widersetzen und wieder zur Besinnung zu kommen. "Ich meine, es ist Zeit, diese Leute mit lauter Stimme anzufahren."

Jiang Zemin beurteilt den inneren Zustand des politischen Systems überaus kritisch. Das verdeutlichen die aufgeführten Passagen. Gemessen wird er jedoch auch von der chinesischen Bevölkerung nicht an seinen Worten, sondern an seinen Taten. Die Verhaftung des "Kronprinzen" Zhou Beifang (siehe Übersichten "Binnenwirtschaft") wegen nicht näher benannter "Wirtschaftsverbrechen" könnte eine neue Richtung weisen. Es ist jedoch zweifelhaft, ob Jiang Zemin wirklich den Willen und die Durchsetzungsfähigkeit besitzt, den Kampf gegen die Korruption auf die obersten Etagen der Machtelite auszuweiten: Eine solche Säuberungsaktion könnte Widerstände und Kräfte hervorrufen, denen Jiang Zemin nicht mehr gewachsen wäre. -hei-

*(7)

Neuere Umfragen über Korruptionsverhalten, Lebensphilosophie und unternehmerische Energien

Die Meinungs- und Umfrageforschung hat in China seit den achtziger Jahren einen großen Aufschwung genommen. Da es keine freie Presse und keine frei-

en Wahlen gibt, ist die politische Führung auf Informationen aus Umfragen angewiesen, die über die Stimmung in der Bevölkerung Auskunft geben sollen. Aus ökonomischer Sicht sind besonders die Umfragen hilfreich, die über Konsumgewohnheiten, Sparverhalten und Einkommensverwendung verschiedener Bevölkerungsgruppen Auskunft geben. In dieser Hinsicht sind in den letzten Jahren beachtliche Fortschritte erzielt worden: Die noch in den achtziger Jahren sehr groben Umfragetechniken wurden mit Hilfe im Westen erprobter Verfahren inzwischen verfeinert und für die Besonderheiten der chinesischen Gesellschaft modifiziert. Auch der Meinungsforschungsriese Gallup unterhält inzwischen ein Tochterunternehmen in der VR China.

Überraschend erscheinen auf den ersten Blick die Ergebnisse mehrerer voneinander unabhängiger Umfragen, die sich mit der Haltung der Bevölkerung zur Korruptionsproblematik beschäftigten (vgl. JRB, 20.2.95; Zhongguo qingnian bao, 21.1.95; SCMP, 21.2.95; CNA, No.1530, S.4-5). Mehrere Meinungsforschungsinstitute stellten trotz unterschiedlicher Zusammensetzung der Befragten übereinstimmend fest, daß ein Großteil der chinesischen Bevölkerung zwar die Korruption als drängendstes gesellschaftliches Problem einschätzt und sich voller Verachtung über korrupte Beamte äußert. Zugleich gab aber mehr als die Hälfte der Befragten an, gegebenenfalls Geschenke oder Geld einzusetzen, um ihre persönlichen Interessen durchzusetzen. Die Kultur der Korruption scheint demnach in der chinesischen Gesellschaft ziemlich fest etabliert zu sein. Verschiedene Formen der aktiven Bestechung gehören inzwischen zu den weithin praktizierten gesellschaftlichen Spielregeln.

Einige interessante Ergebnisse förderte auch die erste, noch recht grobe landesweite Umfrage der amerikanischen Gallup Organization in der VR China über "Consumer Attitudes and Lifestyle Trends" (Kopie am Institut für Asienkunde) zu Tage. Die 3.400 Befragten hatten die Wahl unter sechs Aussagen zu ihrer allgemeinen Lebensphilosophie. Bemerkenswert ist die "materialistische" Ausrichtung, die in den Antworten zum Ausdruck kommt. Während sich insgesamt nur 4% der Befragten zu kollektiven Tugenden ("der Gesellschaft dienen") bekannten, nannten 68% "hart arbeiten und reich werden" als persönliche Maxime.